

Pressemappe

"Strompreisbremse" droht südniedersächsischen Bioenergiedörfern das Aus?

Mo., 4. März 2013 ab 14 Uhr Biogasanlage Jühnde

Rednerliste:

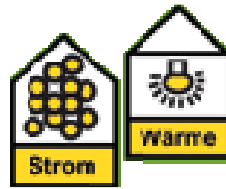
1. **Auswirkungen auf die Bioenergiegenossenschaft Jühnde:**
Reinhard von Werder, Vorstand Bioenergiegenossenschaft Jühnde
2. **Neubau BGA am Kuhstall in Gefahr**
Hartmut Böning, Landwirt aus Potzwenden
3. **Wie soll die Energiewende zukünftig finanziert werden?**
Folkert Groeneveld, Vorstand VR Bank in Südniedersachsen eG
4. **Rückwirkende Streichung des Güllebonus fördert Freisetzung Klimakiller Methan**
Klaus Anduschus, Leiter Arbeitskreises Biogas
Günther Bott, Anlagenbetreiber und Regionalgruppensprecher Fachverbandes Biogas



Maschinenring
KommunalSERVICE GmbH
Kassler Str. 41
34379 Westuffeln
Tel. 05677/920136
www.mrkassel.de



Maschinenring
Göttingen e.V.
Götzenbreite 10
37124 Rosdorf
0551 - 488887-15
www.mrgoettingen.de



Bioenergiedorf
Jühnde
Koppelweg 1
37127 Jühnde
www.bioenergiedorf.de



Landvolk Göttingen
Kreisbauernverband e.V.
Götzenbreite 10
37124 Rosdorf
0551 - 78904 - 50
www.landvolk-goe.de

Pressemitteilung "Strompreisbremse" droht südniedersächsischen Bioenergiedörfern das Aus?

wesentliche Punkte:

- Vertrauensverlust durch mögliche rückwirkende Streichungen
- kurzfristige Umplanungen gefährden zukünftige Projekte
- rasche Umsetzung der Energiewende in Gefahr
- Schwächung des ländl. Raumes durch Verhinderung der dezentralen Energieversorgung
- Stärkung von Großindustrieprojekten (z.B. Wind auf See) schwächte bürgerliche Energiewende
-

Auswirkungen auf die Bioenergiegenossenschaft Jühnde:

Reinhard von Werder, Vorstand der Bioenergiegenossenschaft Jühnde

Das Bioenergiedorf Jühnde wurde in den Jahren 2001 bis 2004 mit erheblicher finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand ins Leben gerufen. Die Jühnder Bürger schlossen sich zusammen und investierten kräftig. Es entstand eine Biogasanlage zur Stromproduktion und Wärmeversorgung der Ortschaft. Als besonders wichtig wurde stets die Klimawirkung des Projekts angesehen. Die Abwärme der BHKW kann umfänglich im eigenen Nahwärmenetz sinnvoll genutzt werden.

BMU Altmeier plant nun rückwirkende und zukünftige Kürzungen. Für das Bioenergiedorf Jühnde bedeutet das eine geringere Einnahme von rund 75.000 €, umgerechnet auf jeden Wärmekunden eine Mehrbelastung von rund 650 € je Jahr.

Alle Mitglieder der Genossenschaft wären betroffen und diskutieren relativ ratlos. Im Kern geht es dabei um einen erheblichen Vertrauensverlust in die Politik.

Neubau BGA am Kuhstall in Gefahr

Hartmut Böning, Landwirt aus Potzwenden

Landwirt Hartmut Böning aus Potzwenden plant an dem aktuell im Bau befindlichen neuen Kuhstall eine angeschlossene Biogasanlage zu errichten. Die aktuelle Diskussion verunsichert die Familie Böning sehr stark. Insbesondere die geringen Transportentfernungen und die mögliche Nutzung der in der Gülle befindlichen Energie ist bisher politisch gewollt und entsprechend gefördert worden, aber gilt das noch immer?

Die Familie diskutiert seit Wochen intensiv, ob diese erhebliche Investition in den weiteren Fortbestand des ldw. Betriebes überhaupt noch gewagt werden kann.

Wie soll die Energiewende zukünftig finanziert werden?

Folkert Groeneveld, Vorstand VR Bank in Südniedersachsen eG

Die VR Bank Südniedersachsen finanziert umfänglich Projekte der Energiewende. Der Vorlauf dieser Projekte ist (neben den PV Anlagen) erheblich. Bei Biogasanlage beispielsweise sind Vorlaufzeiten von bis zu drei Jahren keine Seltenheit. Aktuell werden im Landkreis regionale Windenergieprojekte aus Bürgerhand geplant.

Die diskutierten kurzfristigen Umplanungen machen eine belastbare Finanzierungsplanung fast unmöglich. Das ist zum einen ein Problem für den Bauherren aber ebenso für die Banken. Wie sollen wir unter den Voraussetzungen Projekte überhaupt noch finanzieren?

Rückwirkende Streichung des Güllebonus fördert Freisetzung Klimakiller Methan

Klaus Anduschus, Leiter Arbeitskreises Biogas

Günther Bott, Anlagenbetreiber und Regionalgruppensprecher Fachverbandes Biogas

Der Einsatz von Wirtschaftsdünger wie Gülle und Mist in einer Größenordnung von mindestens 30 % wird mit dem sogenannten Güllebonus honoriert. Dieser dient dazu die Mehraufwendungen für die Biogasanlagen, die im Wesentlichen durch den Transport und die Lagerung der Wirtschaftsdünger entstehen, zu vergüten. Der Güllebonus für Bestandanlagen die zwischen 2004 und 2008 in Betrieb genommen worden sind, soll gestrichen werden, welches erhebliche einzelbetriebliche Konsequenzen und regionale Auswirkungen mit sich bringen würde: Der Einsatz der Wirtschaftsdünger wäre für diese Anlagen nicht mehr wirtschaftlich. Getätigte Investitionen verlieren ihre Bedeutung. Gülle und Mist würden wieder unvergoren ausgebracht werden. Der Klimakiller Methan würde wieder freigesetzt, welches erhebliche Geruchsbelästigungen bei der Ausbringung zur Folge hätte. Die Nährstoffaufwertung durch die Vergärung der Wirtschaftsdünger würde wieder verloren gehen.

Die Strompreise für die Endverbraucher sind seit Einführung des EEG insgesamt um etwa 10 Cent/kWh gestiegen. Gleichzeitig ist der Strom an der Leipziger Strombörse auf ein historisch niedriges Niveau, aufgrund der EEG Umlage, gefallen.

Die stromintensive Industrie spart dadurch doppelt.

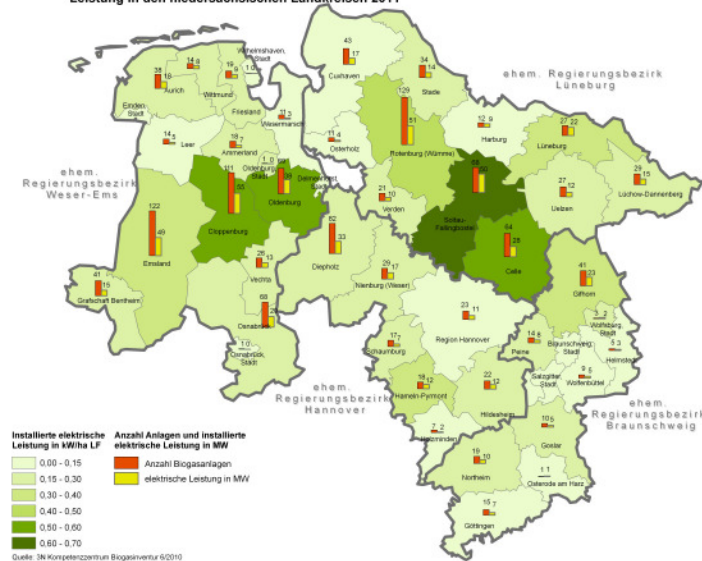
Zum Einen braucht sie keine EEG Umlage zu zahlen und zum Anderen partizipiert sie von den gefallen Strompreisen an der Börse. Diese Industrieprivilegierung muss gerecht angepasst werden. Allein mit dieser Maßnahme könnte die gleiche finanzielle Entlastung erzielt werden wie mit dem gesamten Maßnahmenpaket der "Strompreisbremse".



Biogas in Göttingen

Biogas in Niedersachsen

Grafik 1: Biogasanlagen und installierte elektrische Leistung in den niedersächsischen Landkreisen 2011



Biogas in Göttingen

- insg. 18 Anlagen, davon eine im Bau befindlich, eine in Planung (Böning)
- insg. 11,5 MW Leistung
- insg. 2.700 ha Maisanbau für BGA (zzgl. 1.500 ha Viehfutter),
- somit 4,6 % der ldw. Nutzfläche, 5,5 % der Ackerfläche im LK GÖ
- keine Vermaisung in Göttingen, Mais ist Aufweitung der engen Wintergetreidefruchtfolge

Anlagenstruktur Biogas in Göttingen

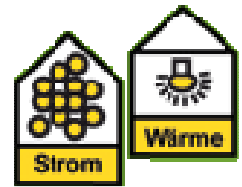
- 8 Einzelanlagen
- 4 Bioenergiedörfer
(Jühnde, Barlissen, Reiffenhausen, und Krebeck Wollbrandshausen,
- 4 Gemeinschaftsanlagen von Landwirten
- 1 "Bauern Großanlage" (Rosdorf)
- 1 Fremdbetreiberanlage

Mit fröhlichen Grüßen

Achim Hübner
Geschäftsführer

Bioenergiegenossenschaft Jühnde:

Reinhard von Werder, Vorstand
Tel.: 05502-47105, mobil: 0160-4502202



Presseinfo auf der Biogasanlage Jühnde am 04.03.2013

Auswirkungen auf die Bioenergiegenossenschaft Jühnde:

Meine Damen und Herren,

liebe Kollegen aus Landwirtschaft, Energiedörfern, aus regionaler Politik, Banken und Handwerk und Verbänden, liebe Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen.

Herzlich willkommen im Bioenergiedorf Jühnde. Wir freuen uns, dass Sie so zahlreich den Weg hier her gefunden haben, obwohl dieser Anlass für uns alles andere als erfreulich ist. Denn die Bundesregierung, voran Herr Altmeier und Herr Rösler, plant deutliche Einschnitte und Kürzungen, nicht nur für Neuanlagen sondern auch für bereits bestehende Anlagen im EEG.

Diese Kürzungen, die eklatant gegen den Vertrauensschutz verstoßen, rechtlich sehr bedenklich sind können durchaus den wirtschaftlichen Ruin vieler Anlagen bedeuten.

Ich bin Reinhard von Werder, Vorstand der Genossenschaft Bioenergiedorf Jühnde.

Einleitend möchte ich Ihnen das am Beispiel Jühnde deutlich machen.

Jühnde ist in den Jahren 2001 bis 2004 unter großer Bürgerbeteiligung in Kooperation mit den Universitäten Göttingen und Kassel als Modell „eigenständiger dörflicher Energieversorgung“ geplant worden.

- a) Biogasanlage zur Stromerzeugung und gleichzeitigen Heizung der Häuser durch Kraftwärmekopplung.
- b) Zusätzliche Hackschnitzelheizung und Spitzenlastkessel für den Winter.
- c) Das notwendige Wärmenetz im Dorf wurde mit erheblichen Steuermitteln in die Straßen verlegt.

Ziel war von Anfang an eine breite Bürgerbeteiligung, eine kostengünstige Energieversorgung (Heizung der 140 angeschlossenen Häuser), auskömmliche Preise für die Gülle, Mais, Gras und Triticale liefernden Landwirte und eine Stärkung der Region und der dörflichen Gemeinschaft.

Keine Gewinnmaximierung!

Zu realisieren war dies alles nur durch das Erneuerbare Energien Gesetz. Mutig wurde also in Jühnde die Anlage von der gegründeten Genossenschaft von ca. 200 Personen in den Jahren 2004 und 2005 gebaut.

3.500.000 € Fremdkapital wurden bei der Volksbank aufgenommen.

1 ½ Arbeitsplätze wurden geschaffen.

Seit Herbst 2005 liefert Jühnde zuverlässig Strom und Wärme, was auch manchmal bei den Kinderkrankheiten der Anlage viel menschlichen Einsatz erforderte.

30.000 Besucher aus aller Welt informierten sich über das Konzept. Wie jede andere Anlage wurde Jühnde an Veränderungen im EEG angepasst. Zusätzliche Wärmezähler wurden eingebaut sowie zusätzliche Zähler zur Erfassung des Ein- und Ausgangs von Gülle und Substrat, um ständig die Anforderungen an KWK und Güllebonus zu erreichen.

Das Nachbargrundstück wurde zugekauft, ein weiterer Restlagerbehälter wurde geplant.

- Jetzt musste dieses Vorhaben wegen Rechtsunsicherheit erst einmal auf Eis gelegt werden.

Warum?

Wo liegen die Probleme konkret?

Wie wirkt sich dieses politische Vorhaben - oder besser: wie würden sich diese Einschnitte auf Jühnde auswirken? Wobei ich immer noch glaube, dass diese politische Torheit keine Mehrheiten findet.

Wir könnten vom deutschen Vorzeigeprojekt zum Auslaufmodell werden.

Wir erzielen einen jährlichen Umsatz von ziemlich genau 1 Mio. € aus dem Verkauf von Strom, aus dem Verkauf von Wärme sind es ca. 250.000 €.

Da es im EEG für Stromverkauf ohnehin keinen Inflationsausgleich gibt, die Kosten aber dennoch steigen, haben wir für das Jahr 2013 die Wärmepreise erhöhen müssen.

Diesel, Löhne, Agrarpreise, Strom und Reparaturen sind teurer geworden.

Aktuell wollen Altmeier und Rösler uns den Güllebonus wegnehmen, für unsere Anlage ein Vergütungsausfall (in 2014) von ca. 83.000 €. Darüber hinaus ist eine 1,5%ige Kürzung aus Stromverkauf geplant. Diese würde noch einmal mit 15.000 € zu Buche schlagen.

Wir hätten eine Kürzung der Stromvergütung von 98.000 € (insgesamt fast 10%) zu verkraften.

Unser jetziges Geschäftsmodell wäre damit nicht mehr tragbar.

Wir müssten auf jede Investition verzichten. Aus Kostengründen müsste der Einsatz von Gülle stark reduziert werden (ggf. auch völliger Verzicht).

D.h. es würde wieder deutlich höhere Methan- und Geruchsemissionen auf den landwirtschaftlichen Flächen geben und statt Gülle würden wir noch mehr Mais einsetzen müssen, denn wir liegen hier im Wasserschutzgebiet und können nicht einfach irgendwelche Abfälle einsetzen.

Der Wärmepreis müsste weiter deutlich erhöht werden und die monetären Vorteile, die dieses Dorfprojekt für alle hat, wären völlig dahin. Dennoch bliebe die Wirtschaftlichkeit des Bioenergiedorfprojektes ernsthaft gefährdet.

Es gäbe nur Verlierer:

- Die Natur und Umwelt würde zusätzlich mit Methan und CO₂ belastet.
- In den Dörfern wird regionale Wertschöpfung zerstört.
- Ein international anerkanntes und viel beachtetes Energieprojekt stände möglicherweise vor dem Aus.
- Die Politik verlöre jede Glaubwürdigkeit und jedes Vertrauen beim Bürger.

Lassen Sie uns alle dafür eintreten, dass weiterhin Bestandsschutz, Vertrauen und Planungssicherheit ein hohes unantastbares Gut in unserer Gesellschaft bleiben und dass der Weg der Regionalen Erneuerbaren Energien

- weg vom fossilen Energieträger
- weg von der Atomkraft

erhalten und ausgebaut wird.

Reinhard von Werder,
Vorstand der Bioenergiegenossenschaft Jühnde

Positionspapier des Arbeitskreises Biogas zu den EEG-Vorschläge von Altmaier und Rösler

I. Vorbemerkungen

Ziel des EEG ist die Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung. Das EEG ist damit zentrales Element für Klimaschutz, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung in Deutschland im Energiebereich. Das EEG soll helfen den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung gemäß den Zielen der EU und Deutschlands zu steigern.

Das EEG hat durch eine Nachfragestimulierung (Wirtschaftlichkeit) die Realisierung von Projekten begünstigt. Eine regelmäßige Anpassung des EEG an die ausgelöste Entwicklung soll die Impulse steuern und zukünftig zu einem kompletten Auslaufen des EEG führen.

Zentraler Bestandteil ist bisher eine feste Einspeisevergütung über 20 Jahre. Viele Bürger, Landwirte, Investorengruppen, Stadtwerke, etc. haben in die Energiewende investiert und zu dem Erfolg von über 20% Strom aus erneuerbaren Energiequellen beigetragen.

Die Errichtung dieser dezentralen Anlagen hat für die Regionen wichtige Vorteile:

- Das Geld des Energieverbrauchers fließt nicht aus der Region, sondern bleibt in der Region und stärkt den regionalen Wirtschaftskreislauf.
- Die regionale Bauwirtschaft partizipiert am Bau von Kleinanlagen.
- Verbesserung der Nutzung von Gülle und Mist, gesicherte Nährstoffkreisläufe

Schädliche Methanemissionen werden minimiert und die Nutzbarkeit der Nährstoffe als Dünger erhöht.

- Klima- und Ressourcenschutz durch die Einsparung von fossilen Energieträgern wie Erdöl, Kohle und Erdgas.
- Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft wird erhöht und stärkt das landwirtschaftliche Einkommen über den Verkauf von Strom und Wärme.
- Sicherung einer unabhängigen Energieversorgung.
- Wärme wird kostengünstiger den Verbrauchern zur Verfügung gestellt.
- Monopole können aufgebrochen werden (Energieerzeugung, Gas/Wärmelieferung), langfristige Liberalisierung der Märkte, perspektivisch frei handelbarer Strom durch eine Vermarktung des Stroms im Umfeld der Anlagen.

II. Der gemeinsame Vorschlag der Ministerien zur Dämpfung der Kosten des Ausbaues der Erneuerbaren Energien erweckt große Sorgen und einen erheblichen Vertrauensbruch in die Politik.

Mit den Vorschlägen der Ministerien wird versucht, in das EEG von Bestandsschutzanlagen einzugreifen.

Die vorgeschlagenen Kürzungen bei den Bestandsanlagen betreffen:

- Den Güllebonus, der mit der EEG-Novelle 2008 auch rückwirkend als Steuerinstrument für damals bestehende Biomasse-Anlage eingeführt wurde, soll mit Wirkung ab 1. August 2013 gestrichen werden. Dies betrifft Anlage, die zwischen 2004 und 2008 in Betrieb genommen wurden.

Der Betrieb einer Biogasanlage bedeutet durch den hohen Anteil von Rohstoffkosten und deren Kostensteigerung über die Jahre ein erhebliches unternehmerisches Risiko.

Das unternehmerische Risiko noch durch Rechtsunsicherheit und unplanbare Kürzungen der bestehenden Vergütungen zu verstärken ist nicht vertretbar.

Eine Beschränkung / Erschwerung der Erzeugung von Elektroenergie gerade aus Biogas ist kontraproduktiv für die anstehende Neuorganisation des Energiesystems in Hinblick auf Versorgungssicherheit, Regelbarkeit und Zuverlässigkeit.

- Die Vergütung für alle EEG Bestandsanlagen soll im Jahr 2014 pauschal um 1,5% abgesenkt werden (befristet für ein Jahr). Dies betrifft alle EEG Anlagen (Wind, PV, Biogas), die vor dem 1. August 2013 in Betrieb genommen wurden.

Gerade im Bereich der Finanzierung durch Banken von EEG Projekten entsteht eine hohe Unsicherheit wenn erst gesetzlich gesicherte Einnahmen im nachträglich gekürzt werden.

Wenn man künftig damit rechnen muss, dass beschlossene Gesetze und fest zugesagte Bedingungen, auf deren Basis die Investitionsentscheidungen getroffen wurden, nach Belieben geändert werden, dann sind derartige Investitionen, die von wirtschaftlich existenzieller Bedeutung sind, nicht mehr möglich.

- Der Zubau von neuen regenerativen Energien Anlagen ist schon durch das EEG 2012 gestoppt worden. Das Ziel der Bundesregierung den Anteil der erneuerbaren Energien zu steigern kann nicht mehr erzielt werden. Neuinvestitionen in der regenerativen Energie Branche werden massiv geblockt und gefährden das Ziel der Bundesregierung bis 2050 80% der Energie aus erneuerbaren Energieträgern zu erzeugen.
- Ausgeklügelte Wärmeversorgungskonzepte, die Eigenheime, öffentliche Einrichtungen, Industrie und Bioenergiedörfer versorgen bewegen sich auf Messerschneide und werden gefährdet.
- Mehr als die Hälfte der Strompreissteigerungen in den letzten zehn Jahren sind nicht durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien verursacht. Offensichtlich profitieren hier ungerechterweise ausschließlich gewisse Großverbraucher und die großen Stromkonzerne von der finanziell positiven Entwicklung des Strommarktes.
- Der Anstieg der EEG-Umlage im letzten Jahr wurde nur zu einem geringen Teil durch den Neubau von Anlagen verursacht. Neben der zu geringen EEG-Umlage für 2012 sind dies vor allem die Ausweitung der Industrieprivilegien.
- Die Erneuerbaren Energien haben dafür gesorgt dass der Strom an der Börse um fast die Höhe der EEG-Umlage gesunken ist. Hiervon profitieren die von der EEG-Umlage befreiten Betriebe doppelt. Eine Rückführung der Industrieprivilegierung auf den Stand von 2009 würde allein zu einer Entlastung von rund 1,5 Mrd. Euro führen.

- Somit ist die EEG-Umlage durch die Befreiung und den sinkenden Börsenpreis als doppelte Wirtschaftsförderung für Großbetriebe missbraucht worden.
- Dies erhöht dann die Strompreise der Verbraucher. Die steigende EEG- und Netzumlage werden nun als Argument benutzt um die Bevölkerung zu verunsichern, die Erneuerbaren Energien als Preistreiber zu diskreditieren und eine Ausbaubremse der Erneuerbaren in der Fläche bei den dezentralen Klein-Anlagen durchzusetzen.

Wer profitiert von der „zentralen“ Stromerzeugung in z. B. Offshore Anlagen?

→ **Die großen Stromkonzerne.**

Dadurch können die Preise bei den Bürgern durch die Konzerne zentral bestimmt werden.

Regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze in ländlichen Regionen fallen weg oder entstehen erst gar nicht.

Die kleinen Kommunen verlieren Wertschöpfung an große Konzerne. In der Folge bleibt z. B. die Gewerbesteuer aus.

Erhöhte Kosten für den Netzausbau werden nötig, wenn Energieerzeugungsanlagen nicht weiterhin dort realisiert werden wo auch die Verbraucher sind

- Strom aus riesigen Offshore Windkraftanlagen und aus dem Ausland müssen extrem kostspielig über neue Stromnetze zu den Verbrauchern transportiert werden.
- Enorme Stromverluste werden erzeugt, wenn der Strom lange Wege (Netzausbau) nehmen muss, um zum Verbraucher zu gelangen. Wer trägt die Kosten für den Netzausbau und die damit einhergehenden Verluste, um den Strompreis stabil zu halten.

Klaus Anduschus
Maschinenring KommunalSERVICE GmbH
Kassler Str. 40, 34379 Westuffeln
Tel. 05677/920136